

Landtag aktuell

21. Jänner 2010

Sitzung des NÖ Landtages

Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Abgeordneter Martin **S c h u s t e r** (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **International Anti-Corruptions Academy Laxenburg, Ausbau und Renovierung**.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) brachte zur Kenntnis, dass ihre Fraktion diesem baulichen Projekt zustimmen werde. Hinsichtlich der Zielsetzungen merkte sie jedoch an, dass Gefahr bestehe, die Rechtsstaatlichkeit zu gefährden. Die Akademie müsse willens sein, in wirklich allen Bereichen und unter allen Aspekten zu prüfen. Es dürfe keine Rücksicht auf „klingende Namen“ und „gute Kontakte“ genommen werden. Sie gebe der Akademie Vorschusslorbeeren, hoffe aber, dass diese sich um die so genannten „großen Fische“ kümmern werde, anstatt um „Schauprozesse gegen Tierschützer“.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) hielt fest, dass die besagte Akademie im Palais Kaunitz untergebracht und 200 Ausbildungsplätze beinhalten werde. Die Inbetriebnahme werde im September des aktuellen Jahres erfolgen. Seine Fraktion werde dem Projekt die Zustimmung geben.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte ebenso, dass seine Fraktion dem Projekt zustimmen werde. Dieses sei ein Schritt zu vermehrter Zusammenarbeit sowie in Richtung Stärkung des Bildungsstandortes Österreich. Zudem werde dadurch einem wertvollen historischen Gebäude neues Leben eingehaucht.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) dankte zunächst dem öffentlichen Dienst, „denn nur ein funktionierender öffentlicher Dienst ist ein Bollwerk gegen Korruption“. Im Hinblick auf seine Vorrednerin Abgeordnete Petrovic hielt er fest, dass „sich alle im Land für die Verbesserung des Tierschutzes einsetzen“ würden; es gehe lediglich um die Wahl der Mittel.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesstraße B 4, Baulos „PPP B4 – Umfahrung Maissau“, km 28,1 – 44,2.**

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) erinnerte daran, dass in Maissau seit 15 Jahren versucht werde, der Verkehrssituation Herr zu werden. Der Bau der neuen Umfahrung werde die Lebensqualität der Menschen nicht erhöhen und auch keine Entlastung bringen. Es sei verabsäumt worden, Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs durchzuführen. Investitionen in diesen Bereich seien wünschenswert.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) bezeichnete die B 4, Horner Straße, als wichtige Verbindung von Wien ins Zentrum des Waldviertels. Es sei mit einem weiteren Anstieg des überregionalen Verkehrs zu rechnen und in der Vergangenheit sei es zu erhöhter Lärm- und Staubbelastung sowie zu vielen Unfällen gekommen. Die neue Umfahrung bringe jetzt eine Entlastung und werde von der gesamten Bevölkerung begrüßt. Durch die Ausgestaltung als PPP-Projekt kämen auch die jeweiligen Vorteile der beiden Sektoren Privat und Öffentliche Hand zum Tragen.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) bezeichnete die B 4 als bedeutende Verkehrsachse, die täglich von zahlreichen Pendlern und Lkw passiert werde. In der Fol-

ge beschrieb sie den Verlauf und Ausgestaltung der Umfahrungsstraße. Das PPP-Modell ermögliche einen vorgezogenen Baubeginn, die Firmen könnten dadurch auch flexibler bauen. Es gebe aber strikte Vertragsauflösungsbedingungen.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) sagte in einer tatsächlichen Berichtigung, man brauche mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwei bis zweieinhalb Stunden von Wien nach Maissau und müsse drei Mal umsteigen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, es sei ein gutes Projekt, komme aber viel zu spät. Bei der B 4 handle es sich keineswegs um eine Hochleistungsstrecke. Nur eine Waldviertel-Autobahn bringe wirklich Entlastung für die Pendler. Er hoffe, dass die Umfahrung Maissau besser werde als jene von Ziersdorf, wo man jetzt länger brauche als früher.

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds für das Jahr 2008** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz G r a n d l , VP)
- **Tätigkeitsbericht der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2008** (Berichterstatter: Abgeordneter DI Willibald E i g n e r , VP)

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) eröffnete die Debatte: Bei der Fortsetzung der Gesundheitsreform sowie der Gesundheitsvorsorge und Prävention sei gute Arbeit geleistet worden. Angesichts der Funktion des Dachverbandes der Selbsthilfegruppen als zuverlässiger Partner des NÖ Gesundheitswesens begrüße sie den Ausbau desselben zu einer zentralen Servicestelle.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) erinnerte daran, dass 2008 erstmals alle 27 Klinikstandorte unter dem Dach der Landesklinikenholding gestanden seien. 2008 sei zudem die Grundlage für das derzeitige Ausbau- und Personalentwicklungsprogramm

gebildet worden. Die Kosten an den Spitalsstandorten hätten sich in zehn Jahren verdoppelt, im Bereich der niedergelassenen Ärzte hingegen nur um 50 Prozent erhöht.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) replizierte, das Ziel der „gläsernen Spitäler“ sei wichtiger als die Abfrage nach Patientenzufriedenheit. Entsprechende NÖGUS-Berichte würden nicht an die Landtagsabgeordneten gehen. In Niederösterreich könnten Millionen eingespart werden, wenn man auf PR-Schienen wie „Tut gut“ verzichte. Die Neubauten in Mödling, Baden, Neunkirchen und Wiener Neustadt hätten die Möglichkeit eröffnet, gänzlich neue Wege zu gehen. Ein Resolutionsantrag ihrer Fraktion gemeinsam mit Abgeordnetem Ing. Huber fordert eine Neuprüfung der Akkreditierung der Danube Private University.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, das Zusammenwachsen der Krankenanstalten werde noch eine große Aufgabe sein, im Mittelpunkt müsse dabei der Mensch stehen. Im Bezirk Gänserndorf sollte es ein eigenes Krankenhaus geben.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sprach über den Tätigkeitsbericht der NÖ Landeskliniken-Holding. Dieser umfasse sowohl die medizinische und kaufmännische Geschäftsführung als auch die Versorgungsregionen. Rund 17.500 Beschäftigte fänden in den 27 Kliniken Arbeit. Die Schwerpunkte der Modernisierungsoffensive mit Stand 2008 seien etwa das Landesklinikum St. Pölten, der Neubau der Häuser in Baden, Mödling, Wiener Neustadt und Neunkirchen oder der Zu- und Umbau in Hollabrunn. Durch die baulichen Maßnahmen trage die NÖ Landeskliniken-Holding wesentlich zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den Regionen bei.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) stellte zum NÖ Gesundheits- und Sozialfonds fest, dass der Vergleich mit anderen Ländern zeige, dass Niederösterreich sehr gut unterwegs sei. Zum Bericht der NÖ Landeskliniken-Holding hielt er fest, dass das Land mit 2008 die Verantwortung über alle 27 Krankenhäuser übernommen habe.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) zog den Resolutionsantrag der Grünen zurück.

Der Geschäftsbericht des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen, ebenso der Tätigkeitsbericht der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2008.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Bestattungsgesetzes 2007**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ EVTZ-Gesetz**.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, mit dem EVTZ-Gesetz (Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit) werde die Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffen. Dieses Gesetz sei eine sinnvolle Regelung und die Zusammenarbeit im europäischen Wirtschaftsraum eine „notwendige Sache“.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte, die Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinaus solle in einem gemeinsamen Europa zur Selbstverständlichkeit werden. In Niederösterreich habe man gemeinsam mit Partnern aus Ungarn, Tschechien oder der Slowakei bereits wichtige Projekte umsetzen können. Das EVTZ-Gesetz sei daher europapolitisch zu begrüßen.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) meinte, Niederösterreich gehöre zu den „Profis“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Er sprach sich dafür aus, die Zusammenarbeit weiter zu forcieren, das Gespräch miteinander zu suchen und gute sowie sinnvolle Projekte für die nächsten Generationen umzusetzen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die folgenden Berichte wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichterstatter: Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt.

- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 6 der XVII. Gesetzgebungsperiode**
- **Bericht des Rechnungshofes über das Land Niederösterreich, Jahrestätigkeitsbericht 2009, Nachfrageverfahren 2008 (Reihe Niederösterreich 2009/7)**
- **Bericht des Rechnungshofes über klimarelevante Maßnahmen der Länder im Bereich Energie (Reihe Niederösterreich 2009/6)**

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sprach zum Rechnungshofbericht über die Landesberufsschule Theresienfeld und stellte „Verfehlungen bei Ausschreibungen und Vergabeverfahren“ fest.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) berichtete, der Landesrechnungshof habe das Landeskrankenhaus Krems einer Überprüfung unterzogen. So sei unter anderem festgestellt worden, dass der regionale Strukturplan Gesundheit noch immer fehle.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) nahm zum Jahrestätigkeitsbericht 2009, Nachfrageverfahren 2008, Stellung. Er meinte, die Veranlagung von Steuergeld in risikoreiche Finanzprodukte solle in Zukunft vermieden werden. Laut dem Rechnungshofbericht hätten vor allem die Gemeinden Mödling und Baden in den letzten Jahren schlecht gewirtschaftet. So konnte Mödling in den Jahren 2001 bis 2005 keine Finanzierungsrücklagen für zukünftige Investitionen erwirtschaften. Die Stadt Baden konnte nur durch die Veräußerung von Vermögen neue Investitionen tätigen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) bezog sich auf den Rechnungshofbericht „Klimarelevante Maßnahmen“. Niederösterreich habe in den letzten Jahren 29 Millionen Euro für Maßnahmen zur Kohlendioxidreduktion zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang sei der Einsatz von erneuerbaren Energieträgern ein Schwerpunkt. Insgesamt wurden in den Jahren 2002 bis 2007 rund 2 Millionen Tonnen Kohlendioxid durch Wohnhaussanierungen und die Umsetzung von Energieeinsparpotenzialen gezielt verwirklicht. Zudem habe der Rechnungshof besonders die Landeskrankenanstalten und die Landes-

berufsschule Theresienfeld überprüft. Dabei sei festgestellt worden, dass in der Berufsschule der Energieverbrauch durch eine neue Wärmedämmung reduziert werden könne. Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, das Aus- und Umbauprogramm für die Berufsschulen habe sich bewährt, wie im Bericht des Rechnungshofes über die Landesberufsschule Theresienfeld festgestellt wurde. In diesem Zusammenhang werde vom Landesrechnungshof aber gefordert, die Schulsozialarbeit auch in allen anderen Berufsschulen in Niederösterreich umzusetzen. Zudem seien die Schülerzahlen in den Landesberufsschulen in den letzten Jahren um 24 Prozent gestiegen. Auch die Öffnung der Räumlichkeiten der Berufsschulen für die Erwachsenenbildung liege voll im Trend.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) erklärte, Niederösterreich habe die Kyoto-Ziele nicht erreicht. Auch die Klimakonferenz in Kopenhagen sei „sehr ernüchternd“ gewesen, da keine Reduktionsziele festgelegt wurden. Dabei gehe es aber darum, ein Weltklima zu erreichen, bei dem auch in Zukunft die Menschheit existieren könne. Zudem seien die Investitionen von 430 Millionen Euro für den Klimaschutz im Vergleich zu den kürzlich beschlossenen Konjunkturpaketen viel zu gering. Um Zertifikatsankäufe von bis zu einer Milliarde Euro zu verhindern, sei es notwendig, neue Maßnahmen in Österreich bzw. Niederösterreich zu beschließen und rasch umzusetzen. In diesem Zusammenhang brachte sie gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend klimarelevante Maßnahmen bei der Wohnbausanierung und öffentlichen Gebäuden ein.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) betonte, bei den Krankenhäusern lägen die Probleme „immer im organisatorischen Bereich“. So seien z. B. die sechs Betten der Chirurgie im Landeskrankenhaus Krems nur schlecht ausgelastet. Trotzdem gebe es noch immer so genannte Gangbetten im Landeskrankenhaus. Aufgabe müsse es sein, durch eine bessere Organisation in Zukunft Gangbetten zu verhindern. Zudem seien die Personal-

kosten im Institut für Prävention und Sporttherapie im Krankenhaus Krems viel zu hoch. Daher sei eine Reorganisation der Struktur dringend notwendig.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) erklärte, die Mitarbeiter des Landesrechnungshofes seien wichtige Regulatoren und Impulsgeber für die öffentliche Verwaltung. Weiters habe der Landesrechnungshof den niederösterreichischen Gemeinden schon in den letzten Jahren ein überaus gutes Zeugnis ausgestellt. Weit mehr als die Hälfte der Empfehlungen des Landesrechnungshofes seien von den Gemeinden bereits umgesetzt worden.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, trotz der Maßnahmen der Länder im Bereich der Energieeinsparungen habe Österreich die Kyoto-Ziele nicht erreicht. Der vorgegebene Treibhausgasausstoß sei dramatisch überschritten worden. Statt eine Reduktion um 13 Prozent zu erreichen, sei der Verbrauch um 8 Prozent gestiegen.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, aufgrund des Berichtes des Rechnungshofes zu den Klimarelevanten Maßnahmen des Landes habe man nun ein klares Zahlenmaterial vorliegen. Niederösterreich sei bei der Umsetzung seiner Klimaziele säumig gewesen, aber trotzdem noch immer besser als einige andere Bundesländer. Niederösterreich habe bereits zwei Klimaprogramme beschlossen, wodurch es auch neue Förderungen im Bereich der Energieeffizienz gebe. Wichtig sei, noch mehr in die Technologie zu investieren und dadurch neue Ökojobs zu schaffen.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) ging auf das Thema Nachkontrolle der Landwirtschaftlichen Fachschule Warth ein und hielt hinsichtlich der Kritik an noch nicht durchgeführten baulichen Maßnahmen fest, dass eine Gesamtanierung im Wert von 7,86 Millionen Euro veranschlagt sei. Es werde an der Umsetzung der vom Rechnungshof angeführten Maßnahmen gearbeitet. In Richtung Grüne merkte er an, dass „Niederösterreich wesentlich an der Erreichung der Klimaschutzziele“ arbeite und der entsprechenden Resolution daher nicht zugestimmt werde.

Der Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 6 der XVII. Gesetzgebungsperiode, der Bericht des Rechnungshofes über das Land Niederösterreich, Jahrestätigkeitsbericht 2009, Nachfrageverfahren 2008 (Reihe Niederösterreich 2009/7) und der Bericht des Rechnungshofes über klimarelevante Maßnahmen der Länder im Bereich Energie wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (klimarelevante Maßnahmen) gegen die Stimmen von SP und Grünen abgelehnt.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) referierte über den Bericht der Landesregierung betreffend **Bericht über die Veranlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) ging auf die „Vorgeschichte“ der Thematik ein und erinnerte an den 2001 gefassten Grundsatzbeschluss, der lediglich besagte, dass „die Regierung veranlagten möge“ sowie an 2007, als ein Ertrag von 5 Prozent im Begründungstext sowie die Abhaltung von Informationsgesprächen als Ziele formuliert worden waren. Sie kritisierte, dass der aktuelle Bericht sehr kurzfristig in den Landtag gekommen sei. Man müsse sich zudem fragen, ob der Landtag die seinerzeit festgeschriebene 5 Prozent-Rendite überhaupt noch wolle. Zudem seien die Veranlagungsbestimmungen zu verbessern. Sie brachte gemeinsam mit ihren FraktionskollegInnen einen **Resolutionsantrag** betreffend Neuregelung der Rahmenbedingungen für die Veranlagungen des Landes Niederösterreich ein. Zum Thema Rohbericht kritisierte sie, dass es im Land Medienvertreter gebe, die diesen Bericht kennen. Es sei eine „Zumutung“, dass „draußen“ Wissen verfügbar sei, über das die niederösterreichischen Abgeordneten nicht verfügen. Ein Untersuchungsausschuss solle dies klären.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) kritisierte ebenso, dass hier ein Rohbericht diskutiert werde, „den keiner kennt“. Es sei nicht in Ordnung, wie man hier mit den Abgeordneten umgegangen sei. Seine Fraktion fordere punkto Veranlagung schon länger die Beschreitung eines anderen Weges; es gehe um eine wertgesicherte, mündelsichere

Veranlagung bei der Landesbank bzw. um einen geordneten Rückzug. Der Rechnungshof bestätige das Fehlen von einer Milliarde Euro, die Nicht-Erreichung der Zielrenditen, eine zu risikoreiche Veranlagung, aber auch das Fehlen eines Notfallplanes. Seine Fraktion wolle die Aufklärung der Causa, weshalb Waldhäusl einen Antrag auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses bzw. auf namentliche Abstimmung einbrachte.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, es sei Vieles, was die VorrednerInnen gesagt haben, zu unterstützen. Seine Fraktion sei an einer vollen Aufklärung interessiert. Es sei nicht Absicht der Mehrheitsfraktion gewesen, den vollständigen Bericht vorzulegen. Die ethische Frage sei nach wie vor nicht beantwortet. Durch den Bundesrechnungshofbericht erhalte die Vorlage, der seine Fraktion nicht zustimmen werde, zusätzliche Aktualität. Sollten die Medienberichte stimmen, dann habe die VP klaren Erklärungsbedarf. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert Untersuchungen der Quellen, über die Rechnungshof-Rohberichte an die Medien gelangen, eine sofortige Weiterleitung des Berichts sowie eine umgehende Stellungnahme zu den Inhalten.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die SP sei dem Proporz verpflichtet. Ein selbstbewusster Landtag gehe das Problem anders an. Mit der Einschaltung der Landesregierung werde die einzige Oppositionspartei wieder ausgeschaltet.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) nannte als Conclusio des „Phantomberichts“, dass er zum ersten einen Verlust von einer Milliarde Euro nenne, zum zweiten aber auch den Hinweis enthalte, dass die Gelder auch weiterhin in der jetzigen Form veranlagt werden sollten. Die Situation um die Weitergabe des Berichts sei unbefriedigend, er lehne aber die „Haltet den Dieb“-Mentalität ab. Tatsache sei auch, dass es in einer extrem schwierigen Zeit immer gelungen sei, dem Budget dadurch Geld zuzuführen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) sagte, der Landtag erwarte zu Recht volle Information. Mit den anvertrauten Geldern müsse verantwortungsvoll umgegangen werden, nur die VP habe diese Verantwortung aber auch wahrgenommen. Die derzeitigen Rah-

menbedingungen führten auch dazu, dass die Langfriststrategie keinesfalls geändert werden dürfe. Eine Kurzfriststrategie in einem Langfristkonzept sei wirtschaftlicher Unsinn. Die VP NÖ stehe dafür, dass im Land keine Kärntner Verhältnisse herrschen und dafür, dass solange untersucht werde, bis die Quelle der Rechnungshof-Rohbericht-Weitergabe feststehe. In der Folge brachte er diesbezüglich einen eigenen **Resolutionsantrag** ein.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Josef **L e i t n e r** (SP) meinte, in Bezug auf die Veranlagungsverluste sei jener des Landes Niederösterreich der größte Spekulationsverlust in der Geschichte der Zweiten Republik. Dafür trage Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka die Verantwortung. Die SP wolle volle Aufklärung und lade die VP ein, die Sache gemeinsam ins Reine zu bringen.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) forderte eine „faire öffentliche Debatte“.

Abgeordneter Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) betonte, dies habe nichts mit Skandalisierung zu tun, sondern dies habe damit zu tun, dass man der Meinung sei, dass mit öffentlichen Geldern in Zukunft nicht mehr spekuliert werden solle. Man nehme daher diesen Bericht nicht zur Kenntnis.

Der Bericht wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Grünen (Neuregelung der Rahmenbedingungen für die Veranlagungen) wurde abgelehnt, ebenso der Resolutionsantrag der SP betreffend Maßnahmen zum Rohbericht des Bundesrechnungshofes. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Riedl (Veröffentlichung von Rohberichten der Rechnungshöfe) wurde angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Waldhäusl, Krismer-Huber u. a. (Untersuchungsausschuss) wurde nach namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Abgeordneter Franz **M o l d** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Neuregelung hinsichtlich Bauten von außergewöhnlicher Ar-**

chitektur oder Größe sowie publikumsintensiven Veranstaltungsstätten. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, man wolle mit diesem Antrag verhindern, „dass es vermehrt Minarette in unserem Bundesland gibt“. Das typisch niederösterreichische Ortsbild solle erhalten bleiben. Man stehe auf Seiten der Bürger und sehe hier Handlungsbedarf.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) meinte, es gehe in diesem Antrag nicht um das Ortsbild, sondern um eine Polarisierung in der Bevölkerung. Es gebe Bauvorschriften in Niederösterreich, die sehr wohl den Ensembleschutz und den Denkmalschutz vorsähen. Die Vielfalt solle gewahrt bleiben.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) vertrat die Ansicht, die Volksabstimmung in der Schweiz sei kein Votum gegen die Religionsfreiheit, sondern gegen Machtsymbole gewesen. Genauso verhalte es sich mit diesem Antrag. Seine Fraktion werde deshalb zu diesem Tagesordnungspunkt verlangen, über den Verhandlungsgegenstand namentlich abzustimmen.

Abgeordneter Josef **J a h r m a n n** (SP) nahm zum Antrag der FP-Fraktion Stellung und meinte, eine Regelung über die Raumordnung würde etwa der Erwerbsfreiheit widersprechen. Die Rücksicht auf das Ortsbild sei jetzt schon ausreichend berücksichtigt.

Abgeordneter DI Willibald **E i g n e r** (VP) sagte, mit diesem Antrag wurde eine Überarbeitung des NÖ Raumordnungsgesetzes und der NÖ Bauordnung beantragt. Eigner meinte, in Niederösterreich gebe es genügend Bauland Sondergebiete, die mit ausreichenden Regelungen zum Schutz der Bürger beitragen. Auch nach dem § 56 der NÖ Bauordnung müssten sich Bauwerke harmonisch in das Ortsbild einfügen. Ausreichende Bestimmungen seien auch bei der Raumverträglichkeitsprüfung und bei den Betriebsanlageverfahren festgelegt.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) erklärte, Niederösterreich müsse so erhalten werden, wie es derzeit sei. Daher hätten Moscheen und Minarette keinen Platz in Niederösterreich. In Bad Vöslau habe es sehr viel Widerstand von Seiten der Bevölkerung gegen die Moschee gegeben. Bei der von der FP vorgeschlagenen Gesetzesinitiative sei die Überörtlichkeit gesichert, da solche wichtigen Entscheidungen betreffend die Errichtung von Moscheen und Minaretten von der Landesregierung getroffen werden müssten.

Der Antrag wurde nach namentlicher Abstimmung mit 46 : 6 Stimmen abgelehnt.

Abgeordneter Mag. Gerhard **K a r n e r** (VP) referierte über den Bericht der zum Landesregierung **Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2008.**

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) meinte, der UVS sei eine wichtige Einrichtung für Niederösterreich und ein Instrument gegen den Zentralismus. Der UVS behandle vor allem Beschwerden betreffend Straßenverkehrsordnung, Führerscheiwesen und Fragen des Fremdenrechts. Durch rechtliche Veränderungen könnten die Behörden weiter entlastet werden.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) sagte, der UVS habe in seinem Bericht 5.216 Aktenanfänge aufgelistet, wobei sich 2.500 mit dem Straßenverkehr befassen. Weiters habe der UVS zu wenig Personal, was lange Wartezeiten bei den Beschwerdeführern zur Folge habe.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) betonte, der UVS sei eine wichtige Rechtsschutzeinrichtung, die auch dem Schutz der Menschenrechte diene. Bei der Landesverwaltung gebe es eine Verlagerung in Richtung Soziales, Kinderbetreuung und Pflege. Dies führe zu einer gewissen Personalknappheit in der traditionellen Hoheitsverwaltung. Die neue Geschäftseinteilung beim UVS habe zu einer besseren Aufgabenverteilung

lung geführt. Aufgabe für den UVS seien praxisnahe Entscheidungen und ein praxisnaher Vollzug.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) meinte, er freue sich darüber, dass die Frage der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit erst kürzlich in einer Enquete diskutiert und besprochen wurde. Weiters seien die Entscheidungen mit einer größeren Transparenz den Bürgern, den Beschwerdeführern und den Behörden mitzuteilen. Mehr als die Hälfte aller Berufungen habe der UVS im letzten Jahr positiv erledigt.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) meinte, der Landtag solle den UVS-Bericht nur mit dem Auftrag zur Kenntnis nehmen, wenn die Kritikpunkte in den nächsten sechs Monaten in Form eines zusätzlichen Berichtes nochmals dem Landtag vorgetragen werden.

Der Bericht wurde mehrheitlich mit den Stimmen von VP, SP und FP zur Kenntnis genommen, der Zusatzantrag von Klubobmann Schneeberger (Zwischenbericht) wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972)** (Berichtersteller: Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g , VP)
- **Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG)** (Berichtersteller: Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g , VP)
- **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LGB)** (Berichtersteller: Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g , VP)
- **Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (NÖ UVSG)** (Berichtersteller: Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g , VP)

- **Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992 (NÖ SÄG 1992)** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Karl Wilfing, VP)
- **Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (GBGO-Novelle 2010)** (Berichterstatter: Abgeordneter Rupert Dworak, SP)
- **Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (GVBG-Novelle 2010)** (Berichterstatter: Abgeordneter Rupert Dworak, SP)

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (G) brachte zwei Resolutionsanträge ein. Der erste betreffend Einhaltung des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes in den Spitälern der NÖ Landeskliniken-Holding zusammen mit den Abgeordneten Otto Kernstock, Petrovic, Weiderbauer u. a. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Anpassung der Betriebsvereinbarungen auf eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden und maximal 13 Stunden durchgehenden Dienst vorzubereiten. In einem weiteren **Resolutionsantrag** betreffend Danube Private University – Diplom Studium Zahnmedizin gemeinsam mit dem Abgeordneten Dr. Michalitsch wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung anzuregen, die Akkreditierung der Danube Private University zu prüfen.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) kritisierte die lange Wochenarbeitszeit der Ärzte von über 60 Stunden und verlangte eine Reduktion der Überstunden.

Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch (VP) sagte, das Land Niederösterreich habe das Grundgehalt der Fachärzte im letzten Jahr um 10 Prozent erhöht. Weiters könne man Betriebsvereinbarungen nicht mit einem Gesetz verordnen. Die niederösterreichischen Patienten seien laut aktueller Patientenbefragung mit den Leistungen in den NÖ Spitälern sehr zufrieden.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Krismer-Huber, u. a. (Einhaltung des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes in den Spitälern der NÖ Landeskliniken-Holding) wurde abgelehnt. Der Resolutionsantrag der Abge-

ordneten Krismer-Huber und Michalitsch (Danube Private University) wurde einstimmig angenommen.

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** auf Antrag der Abgeordneten Ing. Huber u. a. zum Thema: „**Keine Minarette in Niederösterreich**“.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) hielt dazu fest, dass mittlerweile 50.000 SchülerInnen islamischen Religionsunterricht besuchen würden, es für diesen 400 LehrerInnen gebe und auch schon über 200 Gebetsräume zur Verfügung stünden. Er bezeichnete Minarett und Kuppel als politische Symbole, die nicht von Glaubensgemeinschaften, sondern von einem der türkischen Botschaft unterstellten Verein, gebaut würden. Es gehe hier nicht um einen Religions-, sondern um einen Rechtskonflikt.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, zu diesem Thema im heutigen Landtag bereits genug gehört zu haben; dem sei nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) nannte den Gegenstand dieser Aktuellen Stunde ein „ernstes Thema“. Er meinte, dass jedes Volk, jede Nation und jeder Kulturraum seine Eigenart habe, und es Aufgabe der Politik sei, die Pflege dieser Eigenart sicherzustellen. Es gehe hier nicht um die Abwertung irgendeiner Religion. Die Moschee sei ein Anbetungsort, ein Gotteshaus für Muslime, doch auch der Gerichtsort und ein Ort, an dem politische Versammlungen stattfinden. Hierzulande gebe es jedoch die Trennung von Kirche und Staat. Die Integration bezeichnete er als „schon gescheitert“; es sei „keine Einsicht zu erwarten“.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) merkte an, in Österreich sei Religionsfreiheit toleriert, daher müsse die Ausübung der Religion auch möglich sein. Auch in seinem Bezirk gebe es Moscheen bzw. Minarette, wodurch aber keine Probleme entstehen würden. Das Zusammenleben im Bezirk Baden sei durch Moscheen und Minarette nicht gefährdet. In unserer Gesellschaft müsse für multikulturelles und friedliches Miteinander Platz sein.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) sagte, dass hier ein Bundesthema auf Landesebene übertragen wurde. Er betonte, zur christlich-westlichen Kultur sowie zur Religionsfreiheit zu stehen. Was hier geschehe sei das Aufzeigen von Bedrohungsszenarien. Der Großteil der Leute „lebt friedlich mit uns“. Er unterstrich, die Einstellung der FP zur Gänze abzulehnen.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** auf Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. befasste sich mit dem Thema: **„Regionale Politik versus Zentrale Politik – Niederösterreich am Weg zur Vorzeigeregion für Wissenschaft und Technologie“**.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) meinte, dass das Thema dieser Aktuellen Stunde wohl die Einhelligkeit des Landtages finden werde. Niederösterreich habe in Forschung und Technologie eine enorme Aufholjagd hinter sich gebracht, weil Forschung, Technologie und Wissenschaft „die Zukunft“ seien und nachhaltige Chancen für die Jugend bieten würden. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll habe diesen Bereich als Motto für 2010 ausgewählt. Zuletzt seien 68 Millionen Euro in den Infrastrukturausbau von vier Standorten bzw. 240 Millionen Euro in die Technopole geflossen. Beim Technopol-Programm handle es sich um eine Erfolgsgeschichte: Es gebe über 60 Forschungsprojekte, 700 ForscherInnen, 1.800 Beschäftigte an den vier Standorten im Jahr 2009 und überdies seien im Vorjahr 50 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. In der Folge ging Schneeberger näher auf den Standort Wiener Neustadt sowie auf das MedAustron-Projekt, das ISTA in Maria Gugging und das Austrian Institut of Technology in Seibersdorf ein. Gemäß dem Motto „Forschung und Technologie“ werde man heuer weitere Akzente für zukunftsorientierte Arbeitsplätze für die Jugend am Standort Niederösterreich setzen.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) betonte, die Saat, die ausgesät worden sei, sei aufgegangen. Am Technopol Krems seien seit 2004 insgesamt 23 Forschungsprojekte mit einer Projektsumme von 10,7 Millionen Euro initiiert und 102 Arbeitsplätze zusätzlich

zu den 85 Forschern geschaffen worden. In Summe seien 20 Millionen Euro in die Infrastruktur von BTZ und RIZ, wo derzeit 25 Unternehmen eingemietet seien, investiert worden.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, Wissenschaft und Forschung seien klassische Felder der Internationalität und nicht geeignet, das Thema Regionalität versus Zentralität zu diskutieren. Regional wünschenswert wäre es, Bildung neu zu definieren und die Standbeine von morgen selbst zu erarbeiten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) vertrat die Meinung, alle Investitionen in diesem Bereich sicherten nachhaltige, hoch qualifizierte Arbeitsplätze speziell für junge Menschen. Hier solle nur die Farbe blau-gelb und keine Parteifarbe zählen. Jede Finanzpolitik, die Mittel für Forschung, Technologie und Wissenschaft bereitstelle, sei eine gute Finanzpolitik.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) sprach zum Technologiezentrum Wieselburg, wo bereits seit dreißig Jahren geforscht werde. Die Investitionskosten von 4,6 Millionen Euro für das 2009 eröffnete Technologiezentrum zum Schwerpunkt Bioenergie sicherten u. a. 30 neue Arbeitsplätze im Hightech-Segment. Gesunde Wirtschaftspolitik ermögliche eine gute Sozialpolitik. Forschung und Entwicklung sicherten den Vorsprung des Standortes Niederösterreich gegenüber anderen Ländern. Niederösterreich gehe einen vorbildhaften Weg, der positiv in die Zukunft blicken lasse.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, Niederösterreich sei in diesem Bereich sehr gut aufgestellt. Gerade in den letzten zehn Jahren sei sehr viel in den Forschungs- und Technologiestandort investiert worden. So seien an der Fachhochschule Wiener Neustadt in diesem Zeitraum 3.600 Forschungsarbeiten veröffentlicht worden. Im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energie gebe es noch Nachholbedarf. Niederösterreich müsse zu einem Kompetenzzentrum für alternative Energieformen werden.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) sagte, wer in der Technologie vorn sei, dem gehöre die Zukunft. Der Erfolg an den drei Technopolen gebe Niederösterreich Recht. In die zweite Ausbaustufe des Technologiezentrums Tulln seien 7,5 Millionen Euro investiert worden. Innerhalb der letzten 10 Jahre habe man über 60 Millionen Euro in die Infrastruktur der Technopole investiert. Die Forschungs- und Entwicklungsleistungen für Niederösterreich seien enorm.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) berichtete zum Antrag der Abgeordneten Cerwenka u. a. betreffend dringend erforderliches **Investitionspaket für NÖ Gemeinden**. Die Gemeinden befänden sich österreichweit in einer schwierigen Situation. Ursachen seien etwa die schrumpfenden Steuereinnahmen sowie die steigenden Ausgaben. Die Gemeinden seien in Niederösterreich ein wirtschaftlicher Motor und hätten in den Jahren 2008 und 2009 fast eine Milliarde Euro in den außerordentlichen Haushalten bewegt. Er stellte unter anderem die Forderung nach der Schaffung eines Zukunftsfonds im Ausmaß von 500 Millionen Euro für Investitionen in den Gemeinden auf.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, es sei nicht klar, woher diese 500 Millionen Euro kommen sollten. Man sei nun an dem Punkt angekommen, an dem man „generell über das System nachdenken“ müsse. Was die SP vorlege, sei Symptombekämpfung, aber keine Maßnahme, die an die Wurzel gehe. Sie vermisse „den Mut, Nägel mit Köpfen zu machen“.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, Vieles was hier aufgezeigt werde, sei richtig. Es bedürfe einer Analyse, warum es in den Gemeinden so weit gekommen sei. Er halte wenig davon, Parallelstrukturen aufzubauen, etwa bei den Bedarfszuweisungen. Es gebe eine ganze Palette von offenen Fragen, z. B. wie dieser Fonds finanziert werde.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) betonte, die Lebensqualität in den Regionen umfasse eine Vielzahl an Themenbereichen, wie etwa Nahversorgung, Verkehrsanbindung

oder Arbeitsmarktangebot. Die Gemeinden zählten zu den mit Abstand größten Investoren im Land. Es gelte nun, die Wirtschaftskraft der Kommunen zu erhalten, denn der Wirtschafts- und Arbeitsmotor Gemeinde sei jetzt ins Stottern gekommen. Die Investitionstätigkeit der Gemeinden sei massiv gefährdet. Es sei daher notwendig, seitens des Landes ein kommunales Investitionspaket in der Größenordnung von 500 Millionen Euro zu schnüren, um Investitionen für die Zukunft abzusichern.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sagte, die Situation in den Gemeinden sei eine ernsthafte, es gelte aber auch die Struktur der Gemeinden zu betrachten. Diese sei oft sehr unterschiedlich. Das Land habe die Gemeinden stets unterstützt. Er trete für eine Politik ein, die nachhaltig sei, denn es brauche nun „nachhaltige und wirkungsvolle Lösungen für den ländlichen Raum“.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte eine Debatte über die **Beantwortung der Anfrage** der Abgeordneten Onodi und Kernstock an Landeshauptmann Dr. Pröll und an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Sobotka betreffend **Interventions- und Mobbingkandal im Landeskrankenhaus St. Pölten**.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) kritisierte, dass parlamentarische Anfragbeantwortungen zur Personalpolitik im Landeskrankenhaus St. Pölten immer seltener und zu wenig ausführlich erfolgten. Man habe zu fragwürdigen Personalbesetzungen im Landeskrankenhaus insgesamt 12 Fragen an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka. In der Vergangenheit hätten VP-Mandatare der Stadt St. Pölten etliche Personalwünsche geäußert.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass Landeshauptmann Pröll für Personalentscheidungen in den Landeskliniken zuständig sei. Was zählen sollte, sei die Qualifikation der Person, die sich für den Posten bewirbt.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, es sei für ihn unverständlich, warum der Vertrag mit der kaufmännischen Direktorin des Landeskrankenhauses St. Pölten nicht verlängert wurde. In diesem Zusammenhang sei eine restlose Aufklärung notwendig und die Einführung von neuen Mechanismen, damit solche Fälle der Einflussnahme bei Besetzungswünschen nicht mehr auftreten könnten.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meinte, niemand könne einem Mandatar verbieten, die Wünsche und Bitten, die an ihn herangetragen werden, an die Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) betonte, durch den e-mail-Verkehr zu den Besetzungswünschen im Landeskrankenhaus St. Pölten seien verdiente Bedienstete klassifiziert und negativ dargestellt worden.

Die Anfragebeantwortung wurde mehrheitlich mit den Stimmen der VP angenommen.